

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 67 II
Telefon: 283121 bis 283124 — Die Zeitung
erschient jeden Freitag
Telegramm-Adresse: Zentral-Arbeiter Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen die sechsgepalte Azeile 160 Mark
Anzeigen und Werbungsblätter sind an Otto Schöps, Berlin D 27,
Magazinstraße 67/II (Postfachkonto 5386), zu richten — Bezug
nur durch die Post — Preis vierteljährlich 75 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Auferstehung. — Gefahren. — Ein Rundschreiben, dessen
Gehalt nicht angezweifelt wird. — Goldmarkdividende. —
Die „faule“ Stabilisierung der Mark. — Kindererwerbsarbeit. —
Aufschiebung der Betriebsräteahlen im alt- und neubesetzten Ge-
biet. — Weiteres aus der Anlagende Joubert. — Gegen Ruhr-
besetzung und Steuererhöhung. — 23er Ausschuss. — Rheinisch-west-
fälischer Betriebsrätekongress. — Internationale Konferenz.
— Jugend. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Poli-
tische Nachrichten. — Vermischtes. — Der hohe Beitrag (Gebicht). —
Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. —
Unterhaltungsteil: Ausschnitte aus der Geschichte der Textil-
arbeiterbewegung (V).

Auferstehung.

„Sie kreuzigten ihn, und am dritten Tage stand er wieder
von den Toten auf.“

So heißt es ja wohl in der biblischen Geschichte von dem
Tode Jesu und seiner Wiederauferstehung, deren Andenken
das christliche Osterfest gewidmet ist, das seinen Ursprung aber
bekanntlich in dem Wiedererwachen der Natur im Frühling
hat. — Auch der Militarismus sollte einmal gekreuzigt werden
— nach seinen Verwüstungen, die er im Weltkrieg angerichtet
hatte —, und viele glaubten, er sei für alle Länder und Zeiten
getötet, nachdem er für Deutschland beseitigt worden war; die
anderen Länder, besonders Frankreich, das so schwer unter ihm
hat leiden müssen, würden gewiß bald folgen in seiner Auf-
hebung.

Doch das Gegenteil trat ein: Frankreich starrt in Waffen,
und glaubt es nicht nötig zu haben, seine Forderungen an
Deutschland nur mit moralischen Mitteln zur Geltung zu
bringen.

Wozu starrt es denn in Waffen, wenn es sie nicht zur Gel-
tung bringen soll, um seinen Forderungen Erfüllung zu ver-
schaffen?

Deutschland war mit Sachlieferung an Frankreich im
Rückstand geblieben, und eine solche Verfehlung mußte mit
Mitteln gerächt werden, die die Achtung vor dem mächtigsten
Militärstaat der Welt zu erhöhen imstande wären, damit es
einem wehrlos gemachten Volk nicht noch einmal gelüsten
könne, dem in Waffen starrten Gegner den schuldigen Res-
pekt und Tribut zu versagen. Von Abrüstungsabsichten in
Frankreich hört man nichts mehr. Im Gegenteil machen sich
Aufrüstungsabsichten dafelbst bemerkbar und man gibt vor,
Deutschland könne sich für die im Weltkrieg erlittene Niederlage
einmal rächen wollen, weshalb man sich vor ihm schützen
müsse durch ein Heer, das einen etwaigen Einfall Deutschlands
in Frankreich erfolgreich abwehren könnte.

Früher fürchtete man sich angeblich nur vor dem Deutsch-
land mit seiner starken, unter dem Kommando eines halb-
absolutistischen Monarchen stehenden Wehrmacht, und man
erklärte, der Krieg werde nur gegen dieses Deutschland ge-
führt und man werde mit einem demokratischen Deutschland
steht in Frieden leben. Das demokratische Deutschland ist nun
da, doch nun fürchtet man sich vor diesem angeblich ebenso,
wie man das frühere autokratische Deutschland angeblich fürchtete.
Und da man mit dem unbewaffneten jetzigen Deutschland auch
mit den modernsten und furchtbarsten Waffen angeblich nicht
fertig werden zu können glaubt, macht man mit ihm kurzen
Prozess und sucht es noch nach Möglichkeit zu verkleinern durch
Ablösung großer Gebiete von ihm. Daß man es damit nicht
nur politisch, sondern auch wirtschaftlich schwächt, erhöht gewiß
den Reiz für solches Vorgehen.

Daß der französische Militarismus in Deutschland sich so be-
nimmt, daß man zu dem Glauben kommen kann, er wolle den
Militarismus überhaupt überall wieder aufleben lassen, und
zwar in verstärktem Maße, das mag nur seiner Verblendung
und Kurzsichtigkeit geschuldet sein. Sein Wille wird es nicht
sein, es kann aber sehr leicht die Folge seines Handelns
werden. Und so kann sehr leicht das Auferstehungsfest 1923
den Militarismus in der Welt von neuem zur Entwicklung,
zur Wiederauferstehung bringen.

Mit ihm würde natürlich die Kriegsluft wieder aufleben,
und damit würde die Kriegsgefahr von neuem erhöht werden.
Neue Kriege im Ausmaß des Weltkrieges würden sich wieder
entspinnen. Das wäre dann das Schlussergebnis des Welt-
krieges, der von den Kriegsgegnern Deutschlands angeblich nur
geführt worden ist, um die Herrschaft der Demokratie zu er-
weitern und dem Weltfrieden endlich eine dauernde Stätte zu
schaffen. Wie die Dinge heute stehen, kann der Weltkrieg, der
nach Meinung vieler der letzte sein könnte, zum Anfang einer
neuen Kriegsära werden.

Auferstehung! Auferstehung in der Natur — Auferstehung
alles Guten, zum Leben Notwendigen, das Leben Verschönenden,
Erhöhenden. Aber auch Auferstehung von Schlichem — im
Kampfe der Menschen untereinander —, Auferstehung aller
Brutalität, die mit Militarismus und Krieg, mit Eroberungs-
und Beutezucht verbunden ist, und die die Menschen zu Bestien
werden läßt.

Auferstehung am Auferstehungsfest! Auferstehung von dem,
was die Humanität bisher als das Häßlichste menschlicher Be-
tätigung ansah. Auferstehung von dem, was im Kriege so
viele Opfer gefordert hat und dessen Opfer Frankreich jetzt noch
nachträglich durch Orden und Ehrenzeichen belohnt, um die
Liebe zum Vaterlande zu erhöhen, vielleicht aber auch, um nur
ja nicht die Kriegsgreuel in Vergessenheit kommen zu lassen,
um nur ja nicht den Haß sich dämpfen zu lassen. Wenn
Deutschland nach der französischen Ruhraktion an der er-
Opfer auch Ehrenzeichen verteilt, nimmt Frankreich daran
vielleicht Anstoß und nimmt es zum Anlaß, mit Deutschland
von neuem in kriegerische Verwicklungen zu geraten, damit die
Franzosen ihren künstlich erhaltenen Haß auf uns nicht länger
im Bußen zu bewahren brauchen.

Auferstehung! Soll das heurige christliche Auferstehungs-
fest zum Ausgangspunkt eines neuen militärischen und kriege-
rischen Zeitalters werden? Will das Frankreich? Wenn nicht,
so muß es das zeigen, indem es seine kriegerischen gegen uns
gerichteten Handlungen einstellt und Europa damit endlich den
Frieden gibt, nach dem es nun schon acht Jahre lang lechzt,
den Frieden, den Frankreich bis jetzt wohl nicht wollte, den
es aber ebenso braucht wie das ganze andere Europa.

Zwar besagt das alte lateinische Sprichwort: „Wer den
Frieden will, muß zum Kriege rüsten“, doch es hat sich längst
als falsch erwiesen: die Rüstungen für den Krieg haben stets
zum Kriege geführt, nicht aber den Frieden gewahrt. Viel-
leicht ist das Gegenteil eher geeignet, den Frieden zu wahren.
Versuchen wir es einmal mit der These: Wer den Frieden
erhalten will, darf nicht zum Kriege rüsten, weil aus seinen
Rüstungen nicht ersichtlich ist, ob er sie nur zur Verteidigung
oder zum Angriff betreibt. Kommt er in den Verdacht, zu
letzterem Zwecke zu rüsten, so wird er andere gleichfalls zu
Rüstungen veranlassen — und der Friede ist gefährdet.

Auferstehung! Mächte am diesjährigen Auferstehungsfeste
endlich überall der Geist auferstehen, der den Frieden auf-
richtig will, der ihn herbeiführen und erhalten will mit
Mitteln, die keinen Zweifel an seinem Friedenswillen zulassen!
Möchte dieser Geist, der heute noch, bildlich gedacht, machtlos
am Marterkreuz hängt, endlich wieder frei und tatkräftig
werden und neidlos feiern dürfen seine

Auferstehung!

Gefahren.

Daß Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich — wenn
auch vielleicht unter Benennung mannigfacher Umwege — bereits
eingeleitet sind, steht fest. Es fragt sich nur, zu welchem Ende sie
führen werden. Dabei scheint es bereits sicher zu sein, daß die Ver-
einbarungen zwischen der französischen Eisen- und der deutschen
Kohleindustrie nicht mehr die entscheidenden Schwierigkeiten verur-
sachen. Die beiden Industriegruppen sind sich wohl einig darin,
größte Gewinne aus den Gruben und ihrer Arbeiterkraft herauszu-
zuholen; über das Verhältnis der gegenseitigen Anteile mag es viel-
leicht noch zu etlichen Händeln kommen; im großen und ganzen aber

wird die Verständigung der beiden Rohstoffindustrien nicht aus-
bleiben. Ein großer französisch-deutscher Konzern steht in Aussicht,
der über die ergiebigsten Kohlen- und Erzkorkommen Europas ver-
fügt; er beherrscht damit im Grunde das gesamte Wirtschaftsleben
des Erdteils. In den Händen dieses Konzerns wird sich nicht nur
ungeahnte wirtschaftliche, sondern gleichzeitig auch fast unabsehbare
politische Machtvolle vereinigen.

Der Ruhrkonflikt hat freilich nicht allein eine wirtschaftliche Seite.
In dem Augenblick, in dem Frankreich die Hand auf das Ruhrgebiet
gelegt hatte, erwachte die Unerfälllichkeit der Generale und der
Machtpolitiker. Warum soll man dieses reiche, dieses fleißige Gebiet
wieder fahren lassen? Gewiß, eine Vereinbarung zwischen Stinnes
und Loucheur ist gut; aber hat man die Gewähr dafür, daß diese
Vereinbarung von Dauer ist? Wenn die Deutschen gerissener Ge-
schäftsleute sind? Was wird dann mit den französischen Unter-
nehmern? Es ist eine alte Erfahrung, daß das Erz zur Kohle wan-
dert — nicht umgekehrt; darin liegt für die deutsche Industrie ein
natürlicher Vorprung, etwas, was die französischen Vertragsteil-
nehmer immer bis zu einem gewissen Grade ins Hintertreffen
bringen wird. Wozu also sich auf den guten Willen der deutschen
Bergherren verlassen? Machte man doch in Gottes Namen ganze
Arbeit!

Diesen imperialistischen Politikern Frankreichs schwebt als Ziel die
Zerschlagung Deutschlands, die völlige Ablösung des Rheinlands
und Ruhrgebiets vor. Sie erkennen freilich, daß sich dieses Ziel unter
den gegenwärtigen weltpolitischen Machtverhältnissen nicht erreichen
läßt. Aus diesem Grunde streben sie eine Abschlagszahlung an, die
um so heftiger begehrt wird, als auch die französischen Eisenherren
sich davon reichen Nutzen versprechen dürfen. Der Plan ist die
Schaffung eines rheinischen Bundesstaates. Das
Saargebiet, das Rheinland und das Ruhrgebiet sollen darin vereinigt
werden. Dem Namen nach möge dieser Rheinstaat immerhin noch
zu Deutschland gehören; indes soll er unter der Kontrolle einer inter-
nationalen Kommission stehen, in der der französisch-belgische Einfluß
zu überwiegen hätte.

Die Agitation für diesen Rheinstaat bedient sich eines Schlag-
worts, das deshalb gefährlich ist, weil es auf die Welt, vor allen
Dingen in England und Amerika Eindruck macht. Es handelt
sich um das Schlagwort von der „Sicherheit Frankreichs“. Frankreich
behauptet, sich durch die Revanchegelüste des deutschen
60-Millionen-Volkes bedroht zu fühlen. Heute zwar liege Deutsch-
land am Boden; man könne aber nicht wissen, wozu Deutschland in
einigen Jahren fähig sein werde. Mit solchen Ermüdungen hatte
Frankreich schon in Versailles einen amerikanischen-englisch-französischen
Garantievertrag verlangt, der Frankreich die Unterfertigung der
angelsächsischen Mächte im Falle eines neuen deutschen Ueberfalls
sichern sollte. Jetzt will Frankreich die Gewährleistung einer
Zukunft bedürftig erlangen, daß die Waffenschmiede Deutschlands,
der Hauptstütze jener Industrien, die für die deutsche Kriegsrüstung in
Frage kommen würden, unter internationale Kontrolle gestellt wird.
Dieser internationale Einfluß auf jenen Rheinstaat würde gleich-
zeitig ein revanchegestimmtes Deutschland des eigentlichen Aufmarsch-
gebietes gegen Frankreich berauben.

Die Forderungen Frankreichs stoßen in England und Frankreich
um so mehr auf Verständnis, als dort noch immer in Erinnerung
der glorreichen Zeiten Wilhelms II. den Deutschen alles denkbar
Scheußliche zugetraut wird. Außerdem schenkt man ihnen auch des-
halb gern Gehör, weil die Ruhrbesetzung als eine nützliche Lasten
nun einmal da ist und jene Internationalisierung des Rheinlandes
immerhin ein Fortschritt und eine Verbesserung des gegenwärtigen
Zustandes bedeuten würde. Man fürchtet, das militärisch stark
Frankreich überhaupt nicht mehr zu einem Rückzug bewegen zu
können, wenn man ihm nicht wenigstens diese Zugeständnisse macht.
Darin zeigt sich uns, welches Verbrechen unsere steuerscheue Schwer-
industrie beging, als sie Frankreich Vorwände lieferte, die Lasten
der Ruhrbesetzung überhaupt zu schaffen. Die Freunde des Völker-
bunds in England halten eine solche Lösung des Ruhrkonflikts für
annehmbar. Damit würde der Völkerbund selbst eine Erweiterung
seines Aufgabenspektrums erfahren: er hätte vermutlich die oberste
Kontrolle über den Rheinstaat. Wer Anhänger des Völkerbundes
ist, ist natürlicherweise glücklich, zu seinem Wachstum und seiner
Erstarkung beitragen zu können.

Wir dürfen uns freilich nicht darüber täuschen, daß die Erörterung
solcher Möglichkeiten ein Symptom dafür ist, daß man den Zu-
sammenhalt des deutschen Reichsbauens in der Welt nicht allzu hoch
einschätzt. Die internationale Kontrolle über den Rheinstaat, ja die
Schaffung des Rheinstaates selbst wäre nur ein Schritt weiter auf
dem Wege des Auslöschungsprojektes der deutschen Republik, der mit
der Abspaltung wertvoller Gebiete im Osten, Westen und Norden
begann. Wenn aber das Ausland die Ueberzeugung hegt, daß das

Ausschnitte aus der Geschichte der Textil- arbeiterbewegung.

Für die Textilarbeiterjugend zusammengestellt
von Ernst Nietisch.

V.

4. Aus der Frühzeit des Kapitalismus.

Der Ausgang des 18. Jahrhunderts brachte auf dem Gebiete der
Produktionsmittel zahlreiche neue Erfindungen. Maschinen wurden
gebaut; technische Verbesserungen erhöhten die Leistungsfähigkeit von
Maschinen, die sich bereits in Gebrauch befanden. Diese Fortschritte
der Maschinenteknik kamen insbesondere der Textilindustrie zugute.
Handspinnerei und Handweberei wurden durch Maschinenspinnerei
und Maschinweberei abgelöst. In dieser Frühzeit der kapitalistischen
Entwicklung ist die Textilindustrie führend; das neue, sich entwickelnde
und das Wirtschaftsleben beherrschende Unternehmertum wuchs aus
der Textilindustrie heraus.

Für das Schicksal der Handweber und Handspinner in Stadt
und Land und der handwerklich tätigen Färber und Wälder war freilich die
Einbürgerung der Maschine von verheerenden Folgen. Fabrikmäßig
hergestellte Garne und Webwaren eroberten sich die Absatzmärkte;
sie konnten infolge der Anwendung maschineller Hilfsmittel zu billi-
geren Preisen abgegeben werden als die Erzeugnisse der Handarbeit.
Handspinner und Handweber verarmten; sie boten sich schließlich den
Fabrikanten als Arbeitskräfte an. Die Unternehmer standen einem
unabsehbaren Angebot von Arbeitskräften gegenüber; sie hatten die
Auswahl. Noch waren die Betriebe nur von verhältnismäßig geringem
Umfange; sie konnten bloß einer beschränkten Anzahl von
Arbeitskräften Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Tausende von Arbeits-
kräften, die sich dem Hungertode nahe fühlten, lagen auf der Straße.
In ihrer Not und Verzweiflung waren sie bereit, zu jeder Be-
dingung zu arbeiten. Um etlicher Bißen Brot und einiger

zerschliffener Kleidungsstücke willen nahmen sie jede Vorschrift an,
die der Unternehmer erließ. Sie stimmten einer Arbeitszeit von 14,
16 und sogar 18 Stunden zu; sie verkauften sich um die dürftigsten
Löhne. Sie fanden sich auch damit ab, daß schon Kinder mit 8, 6,
ja 4 Jahren in die Betriebe hineingenommen und vor die Maschinen
gestellt wurden. Die Arbeitsstätten waren düster, enge, von Staub
und schlechter Luft erfüllt; keine Arbeiterschutzbestimmung war in
Kraft; die Arbeitergesundheit galt für nichts. Die Arbeiter führten ein
Hundebasein; sie wankten vom Arbeitsplatz zur Schlafstätte und von
der Schlafstätte zum Betrieb. Ueber die Dual und das Elend ihres
wöchentlichen Lebens trösteten sie sich Sonntags mit Schnaps; sie
lebten wie die Tiere; alle Menschenwürde war in ihnen durch die
Umstände, in denen sie existierten, zerstört und zertrampelt. Ge-
legentlich bäumten sie sich einmal auf; sie brachen gegen die Ma-
schinen vor, zerklühten sie, wurden dabei niedergeschossen oder nach-
her für viele Jahre hinter dicken Kerkermauern lebendig begraben.
Diese Entwicklung vollzog sich zuerst in aller Schärfe in England.
Hier fluderte auch um die Wende des 18. Jahrhunderts eine
maschinenfeindliche Bewegung auf, die von der Geschichte unter dem
Namen: „Der Luddistenaufrührer“ überliefert wird. Ein Arbeiter
namens Ned Lud hatte dabei irgendeine, geschichtlich gar nicht genau
feststellbare Rolle gespielt. Ernst Toller, der als ein Opfer der baya-
rischen Reaktion heute noch in Niederhohenfeld schmachtet, hat jene
Vorgänge in seinem Drama „Die Maschinenstürmer“ dichterisch ge-
staltet.

Von dem Blut und der Lebensfreude der Arbeiter nährte sich
diese Frühzeit des Kapitalismus. Sie erreichte ihre erste Blüte in
England. Es fehlte dort nicht an Männern, denen sich angesichts
all des Grauenhaften, das sich ereignete, das Herz im Leibe zu-
sammenkrampfte. Sie entsetzten sich angesichts des rücksichtslosen
Kampfes ums Dasein, in dem viele Tausende von Armen und
Schwachen zertriten wurden, um einigen Wenigen unbegrenzte Reich-
tümer, sowie wirtschaftliche und politische Machtvolle in den Schoß
zu werfen. Diese wirtschaftlichen Erfahrungen, die Beobachtung
dieses zerkleinernden Ringens brutaler Unternehmer mit hilflosen,
verkommenen Arbeitern mochten wohl dem Blick des Naturforschers

Charles Darwin jene Richtung und Einstellung gegeben haben, die
in seinen wissenschaftlichen Werken über die Abstammungs-
und natürliche Zuchtwahllehre ihren Ausdruck fanden.

Einer jener hochgesinnten Engländer, die sich dagegen auflehnten,
daß menschliches Glück und menschliche Gesundheit dem Gewinn-
streben der Unternehmer, die von den Entwicklungsmöglichkeiten
maschinenmäßiger Produktion beraubt waren, hingeopfert werden
sollten, war Robert Owen. 1771 wurde er als Kind einfacher
Leute zu Newtown in Nordwales geboren. Zuerst trat er in kauf-
männische Lehre; schon nach kurzer Zeit fand er Anstellung in einer
Baumwollspinnerei. Hier lernte er ein ganz ungewöhnliches Ver-
waltungs- und Organisations-talent durch; bereits als Zwanzig-
jähriger war er Leiter eines Unternehmens, in dem fünfhundert
Arbeiter beschäftigt waren. Später verheiratete er sich mit der
Tochter eines Fabrikbesizers und wurde Besitzer der Fabrik New
Lanark. Da entwickelte er sich zu einem „Führer der Industrie“ in
des Wortes bester Bedeutung. Er sah, daß halbverhungerte Arbeiter,
die nichts sind als ausgepreßte Arbeitstiere, nur Minderwertiges
produzieren. Sein Ziel war das Glück seiner Arbeiter und ihre
Erziehung zu lebensfrohen gesunden Menschen.

In New Lanark traf er eine Arbeiterfamilie an, die aus dem Aus-
wurf der menschlichen Gesellschaft zusammengelesen war. Unter den
Arbeitskräften befanden sich fast 500 Kinder, die den Arbeits-
Armenhäusern Edinburgs entnommen waren. Die Arbeitszeit der
sechs-, sieben- und achtjährigen Kinder dauerte von 7 Uhr morgens
bis 8 Uhr abends. Es war kein Wunder, daß sie „Zwerge an Körper
und Geist“ blieben. Unter den Erwachsenen herrschten die schlimmsten
Laster.

Owen setzte als unterste Grenze des Beschäftigungsalters zehn
Jahre fest. Wohnungsinspektoren beauftragte er, für gesunde Woh-
nungsverhältnisse zu sorgen. Er errichtete eine Kleinkinderschule und
begann mit dem Bau eines Schulhauses. Auch für die Erwachsenen
verlängerte er die Arbeitszeit; er eröffnete einen Konsumladen und
wurde damit der Vater der Konsumgenossenschaftsbewegung; er setzte
eine Küche in Betrieb und stellte den Arbeitern einen Speiseaal zur
Verfügung. New Lanark war bald das sauberste Dorf Schottlands.

Reichsgefüge letzten Endes doch nur sehr locker ist, so tragen an dieser ausländischen Ueberzeugung vor allem Dingen unsere deutschen „vaterländischen“ Partikularisten die Hauptlast. War nicht Müller-Born, Herr Cuno's ernährungsministerliche Eintagsfliege, unter jenen, die nach der deutschen Niederlage selbst die Gründung eines eigenen Rheinlandes betrieben? Die Idee, die Frankreich sehr verwirklichte, war nach jüngst die Idee zahlreicher Deutscher, autarkischer, prozentpatriotischer, rheinischer Mitbürger. Von der andern partikularistischen Höhlung Deutschland, Hannover, gingen 1919 Schriftstücke und Telegramme nach Versailles, in denen gebeten wurde, es möchte durch Entente-diktat wieder ein selbständiges Hannover hergestellt werden. Daß Bayern nicht zurückstand, versteht sich von selbst. Der Gedanke, sich vom Reich loszutrennen, liegt in München förmlich auf der Straße. Herr Hein verhandelte darüber bereits mit französischen Generalen; sein Freund Rahr schreißt Bischof Rupertus Neg, und der Kuppelrecht selbst würde bereitwilligst jeden Tag, wie kein Vorfahre es 1806 tat, aus Frankreichs Händen die Königskrone entgegennehmen. Kann es angesichts dieses landesväterlichen Treibens unserer Separatisten, Partikularisten und Föderalisten Wunder nehmen, daß Frankreich auf Reichszersplitterung hinarbeitet? Es wird ja geradezu von München und Hannover aus dazu ermuntert und ermutigt.

Wir haben es schon des öfteren als eine Wurzel des deutschen Übels bezeichnet, daß die Autorität der Reichsregierung sich gegen die Schwerindustrie nicht durchzusetzen vermag. Sie verlagert ebensowohl gegenüber der föderalistischen Landesregierung Bayerns. Aus diesem Verlagen der Reichsregierung zieht das Ausland keine Schlußfolgerungen; die schwache Reichsregierung ist für das Ausland ein Beweis dafür, daß das Reich überhaupt schwach ist. Stärken wir die Autorität der Reichsregierung; brechen wir den Widerstand der Schwerindustrie ebensowohl wie den Widerstand unbürokratischer, reaktionärer deutscher Länder. Eine Reichsregierung, die im Innern wirkliche Macht hat, wird von selbst ein ganz anderes, achtunggebendes Gewicht dem Ausland gegenüber in die Waagschale zu legen haben. Ihr Wort genießt Vertrauen; da bedarf es keiner „produktiven Pfänder“.

Diese Macht im Innern fehlt unserer Reichsregierung. Darum fehlt ihr auch alle Macht nach außen. So kann sie keine aktive, zielbare Politik führen.

Es gibt nur diesen Weg aus unserem Elend: Stärkung der republikanischen Reichsregierung; nur sie ist der republikanischen Außenpolitik fähig, ohne die Zerfall und Untergang unserer Schicksal sein muß.

Ein Rundschreiben, dessen Echtheit nicht angezweifelt wird.

Der Zentralverband der Angestellten versandte folgenden Schriftsatz: Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat am 9. März folgendes Rundschreiben verschickt, das geeignet ist, die „nationale Einheitsfront“ ins hellste Licht zu rücken, für die dieselbe Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 14. März im Beisein des Reichsarbeitsministers eine große Kundgebung veranstaltet hat.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände E. V. Berlin W. 62, Burggrafenstraße 11.

Rundschreiben Nr. 60. Berlin, den 9. März 1923.

Tagebuch Nr. 111/10 283.

Betr.: Lohnpolitik für März. (Weitere Ergänzung zu Rundschreiben Nr. 48 und 55.) Die Entwicklung der Lohnbewegung in dieser Woche gibt uns Anlaß, uns zum dritten Male mit ernster und eindringlicher Bitte um geschlossene Mitarbeit in der für die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens voraussichtlich sehr entscheidenden Lohnpolitik für März an die deutschen Arbeitgeberverbände zu wenden.

Wolffs Telegraphenbureau hat vor kurzem folgende amtliche Pressenotiz bekanntgegeben:

„Gegenüber mehrfach in der Presse geäußerten Zweifeln, ob es möglich sein würde, den durch die Markbesserung eingeleiteten Preisabbau trotz äußerer und innerer Hemmungen erfolgreich weiter durchzuführen, muß mit allem Nachdruck betont werden, daß die Reichsregierung den einmal beschrittenen Weg entschlossen weiter verfolgt. Die befürchtete Brotpreis-erhöhung wird nicht eintreten. Von der zunächst in Aussicht genommenen Erhöhung der Frachttarife bei den Reichseisenbahnen wird abgesehen. Unternehmungen sind im Gange, welche eine Verbilligung der wichtigsten industriellen Grundstoffe zum Ziel haben. Die bisherigen Ergebnisse lassen erkennen, daß eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise nicht erfolgen wird. Die für die landwirtschaftliche Erzeugung notwendigen Düngemittel sind in diesen Tagen um 10 Proz. herabgesetzt worden. Mit der Verbilligung weiterer Düngemittel ist zu rechnen. Für den durch öffentliche Mittel geförderten Wohnungsbau ist eine Senkung der Baustoffpreise durchgeführt. Unter diesen Umständen ist zu hoffen, daß der mit der Festigung der Mark eingetretene Preisrückgang der Einfuhrwaren nach und nach auch zur Auswirkung auf dem Warenmarkt im übrigen gelangen wird. Soll dieses Ziel erreicht und festgehalten werden, dann ist freilich auch dringend nötig, daß die Preiswelle nicht durch Lohnerhöhungen von neuem in Bewegung gesetzt wird.“

Erfreulicherweise wächst die Erkenntnis, daß höhere Papierlöhne nicht ohne weiteres eine Verbesserung der Lebenshaltung zur Folge haben, wohl aber immer die Warenpreise weiter steigern. Kögen alle an der Regelung der Lohnverhältnisse Beteiligten daraus die richtige Lehre ziehen?

Diese Notiz gibt die übereinstimmende Ansicht des Reichs-

für die Sparer gründete Owen eine Sparrbank; den Arbeitsfähigen kam er mit einer Alters- und Krankenversicherung zu Hilfe. Der Ruhm New Lenarts verbreitete sich über alle Länder; New Lenart galt geradezu als ein Paradies der Arbeiter.

In der Dessenlichkeit wirkte Owen im Sinne dessen, was er selbst schon durchgeführt hatte. Er wollte Arbeiterschutzgesetz; in Wort und Schrift trat er dafür ein. Das erste moderne Arbeiterschutzgesetz vom Jahre 1819 kam in England auf Grund der Tätigkeit Owens zustande. Es blieb zwar nur auf Baumwollfabriken beschränkt, war aber nichtsdestoweniger der Anfang einer staatlichen Sozialpolitik.

In zahlreichen Büchern übte Owen scharfe Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung. Ein Diener der herrschenden Klasse hatte zu ihm einmal gesagt: „Wir wünschen nicht, die Masse wohlhabend und unabhängig zu sehen. Wie könnten wir sie alsdann regieren?“ Owen war der Meinung, daß es nicht darauf ankomme, den Herrschenden das Geschäft des Regierens zu erleichtern, als vielmehr darauf, die Arbeiterklasse wohlhabend und unabhängig zu machen. Die stolze Größe Englands bezeichnete er als eine Scheingröße, weil der Giftwurm des Elends der großen Masse das Mark der Nation verzehre. Im Privateigentum erkannte er das gesellschaftliche Hauptübel, das die Wurzel alles Massenelends ist. Die Priesterehe bekämpfte er als die Ursache von mehr, „als der Hälfte der schimpflichsten und entwürdigendsten Verbrechen“. Er hoffte, die herrschenden Kreise bewegen zu können, ebenso edel, uneigennützig, menschenliebend zu sein wie er selbst es war. Er täuschte sich; sogar die Geistesfreiheit, die die Predigt Christi auf den Lippen trägt, beföhete ihn in der gefährlichsten Weise. Als achtundachtzigjähriger Greis starb Owen im Jahre 1858 in seinem Geburtsort Newtown. Er zählt zu der Reihe jener verdienstvollen Männer, die von sozialistischem Geiste besetzt waren und die menschliche Höherentwicklung der Arbeiterschaft sich zur Lebensaufgabe machten. Seine praktische Tätigkeit kam zahlreichen englischen Textilarbeitern unmittelbar zugute; sein agitatorisches und politisches Wirken schmiedete brauchbare Waffen für den großen Befreiungskampf des Proletariats überhaupt.

ministers wieder, einschließlich des Reichsarbeitsministers. Wenn von unseren Mitgliedsverbänden dringend verlangt worden ist, daß das Reichsarbeitsministerium an die Demobilisierungskommission, Schlichtungsausschüsse und sonstige in die Lohnpolitik mit verwiderte Verwaltungsstellen Weisungen ergehen lassen möge, daß Lohnerhöhungen für März nicht in Frage kämen, so bitten wir auf diese amtliche Notiz zu verweisen, die den Verwaltungsstellen keinen Zweifel lassen kann, welche Verantwortung sie nicht nur der Reichsregierung, sondern der gesamten deutschen Öffentlichkeit gegenüber zu tragen haben. Auch an das Reichsarbeitsministerium haben wir uns deshalben noch einmal gewandt. Wir bemerken dabei, daß es sich hier um eine Politik handelt, die von der Unternehmerschaft nicht erst beeinflusst zu werden braucht, die aus der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage sich zwangsläufig ergibt und die von uns auch einem parteipolitisch anders zusammengesetzten Reichskabinet gegenüber zu unterstützen wäre. Wenn die Reichsregierung die an der Regelung der Lohnverhältnisse Beteiligten auffordert, die richtigen Lehren aus der Lage zu ziehen, und damit auch die Verantwortung der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften ausdrücklich feststellt, so brauchen wir nicht zu betonen, daß es unfer aller Pflicht ist, uns dieser Verantwortung zu entziehen.

Preisabbau und Lohnerhöhung müssen sich gegenseitig ausschließen. Dies zunächst aus sachlichen Gründen. In Berlin muß mit Wirkung vom 12. März ab der Preis des Markenbrotens von 820 auf 900 Mf. heraufgesetzt werden, weil ab 12. März eine Erhöhung der Bäckerlöhne bewilligt ist. Hier tritt der Zusammenhang zwischen Lohnerhöhung und Preisbildung mit eindringlicher Deutlichkeit zutage. Ein Verzicht der Bäcker auf eine Lohnerhöhung, die ihnen im Februar bereits ausreichend gegeben war, hätte die Berliner Bevölkerung vor der Mehrbelastung bewahrt. Es wird auch aus psychologischen Gründen dem einzelnen Händler nicht klar zu machen, sein, daß er den Preis abbauen soll, während gleichzeitig sein Kunde aus Arbeitnehmerschaften mit einer Lohnerhöhung in der Tasche zu ihm kommt. So muß jede Lohnerhöhung den Preisabbau hemmen. Es kann auch jedem Einsichtigen nicht zweifelhaft sein, daß eine Vermehrung der Kaufkraft durch Erhöhung des Papierlohnes nicht eintritt, wie das Beispiel mit dem Berliner Markenbrotpreis deutlich zeigt. Eine Wiederbelebung der Kaufkraft, an der auch der Einzelhandel das allergrößte Interesse hat, ist nicht durch Lohnerhöhung, sondern nur durch Preisabbau möglich. Es handelt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt darum, über den Moment des stärksten Widerstandes in der Frage des Preisabbaues wie in der Lohnfrage hinwegzukommen, um so die Preisabbaubewegung unausfallam in Gang zu bringen. Bei Festhalten der Löhne kann in der zweiten Märzhälfte diese Einwirkung auf die Preisgestaltung gar nicht ausbleiben.

Diese Erwägungen müssen wir für diejenigen Arbeitgeberverbände bringen, die sich über die Bedeutung des gegenwärtigen Zeitpunktes offenbar noch nicht klar sind. Es handelt sich bei der Stabilisierungsaktion nicht nur um Maßnahmen zur Stützung des Ruhrabwehrkampfes, sondern um die grundsätzliche Einleitung der Markfestigung. Dies ergibt sich aus der Entschlossenheit der Regierung, mit dem Preisniveau auch das Preisniveau weiter zu lenken und umgekehrt. Diese Stabilisierungsaktion, möchte sie schon vor der Ruhrbesetzung, möchte sie heute oder erst in Wochen einsetzen, mußte die Auswirkung auf die Preis- und Lohngestaltung haben, die uns jetzt beschäftigt, da sie in jedem Fall die Ueberfretung der Weltmarktpreise der deutschen Fabrikate auf dem Auslands- wie auf dem Inlandsmarkt und eine aufs tiefste gesunkene Kaufkraft vorfinden muß, die auf Wiederbelebung durch Preisabbau wartet. In jedem Zeitpunkt wird deshalb die Erkenntnis der Arbeitgeberverbände über ihre wirtschaftshistorischen Aufgaben und die Durchführung dieser Aufgaben auf den Widerstand der breiten Masse der Arbeitnehmer treffen. Zu jedem Zeitpunkt muß dieser Widerstand überunden werden. Durch weitgehende Unterrichtung über die Wirtschaftszusammenhänge, über die Absichten der Regierung, über die Wirtschaftslage, über die in voller Ausdehnung begriffene Arbeitslosigkeit (zurzeit 250 000 Arbeitslose, über 600 000 Kurzarbeiter) wird versucht werden müssen, in Arbeitnehmerkreisen und in der Öffentlichkeit aufklärend zu wirken. Auch Drohungen mit Streiks dürfen den festen Willen der Arbeiter nicht beeinflussen, in diesem Zeitpunkt das ihre zur Gesundung der Wirtschaft beizutragen. Hierfür geben die Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie und der Rückzug der Angestelltenvereinsmitglieder ein besonders beachtliches Beispiel. Bei dieser Sachlage ist tief bedauerlich, daß trotzdem eine Reihe von Verbänden die Richtlinien bereits durchbrochen haben. Namentlich haben wir Anlaß, uns dagegen zu wenden, daß die in den Rundschreiben Nr. 48 und 55 erwähnten Anpassungsmöglichkeiten zu einer „allgemeinen Anpassungstheorie“ erweitert und damit zu einer Flucht aus der Verantwortung mißbraucht werden. Wir haben von vornherein keinen Zweifel gelassen, daß der Kreis der Anpassungsmöglichkeiten sehr eng zu stecken ist und daß sie, wenn überhaupt, so nur für Löhne in Frage kommen können, die Anfang Februar für den ganzen Februar unverändert in Höhe von vielleicht 500 oder 600 Mf. abgeschlossen waren. Selbst hier ist aber von dem Grundsatz auszugehen, daß ein Lohn, der im Februar getragen wurde, bei gleichbleibenden Preisen und bei der Hoffnung auf nahe Preisentung auch noch im März ertzählich ist. In diesem Sinne haben wir uns auch dem Reichsarbeitsministerium gegenüber nachdrücklich geäußert, wo gleichfalls Meinung für solche Anpassungstheorie aufzukommen schien. Abgeschlossene Vereinbarungen mit Lohnerhöhungen für März liegen zwar schon in einer Reihe von Fällen, jedoch nur für verhältnismäßig geringfügige Arbeiterzahlen vor.

Das Buchdruckgewerbe hat für 70 000 Arbeiter eine Erhöhung des Februarerlöses von rund 1190 Mf. um 25 Proz. auf 1480 Mf. angenommen. Die gesamte papierverarbeitende Industrie (Gewebe- und Kartonnagenindustrie, Buchbinderei usw.) hat für rund 80 000 Arbeiter einen Lohnsatz in ungefähr Höhe von 1280 bis 1400 Mf. für die Ortsklasse 1, d. h. 20 bis 25 Proz. über Februar teils durch Schiedspruch, teils freiwillig gegeben. In zahlreichen anderen Fällen liegen Schiedsprüche vor, die eine Neigung verantwortungsloser Schlichtungsausschüsse zu etwa 20- bis 25prozentiger Lohnerhöhung für März erkennen lassen. Eine Verallgemeinerung dieser Praxis müßte eine Erhöhung des monatlichen Lohnniveaus und des von der Reichsbank zu liefernden Zahlungsmittelumfanges um über eine Billion Mark bringen und jeden Preisabbau ausschließen. In allen uns bekannten gewordenen Fällen sind diese Schiedsprüche jedoch von Arbeitgebersseite abgelehnt. Besondere Beachtung ist der Lohnbewegung im Baugewerbe zu schenken, namentlich da, wo Verührung mit dem Bergbau besteht. In Mitteldeutschland ist ein Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden im Bezirkslohnamt, den Februarlohn von etwa 960 Mf. auf 1800 Mf. zu erhöhen, von den beiden anderen unparteiischen Vorsitzenden im Bezirkslohnamt nicht mitgemacht und von beiden Seiten abgelehnt. In Hannover und Braunschweig scheint das Baugewerbe unter Rücksichtung unserer Richtlinien einer Erhöhung um 72 Proz. auf einen Märzlohnstand von 1650 Mf. zugestimmt zu haben. Wo das Verantwortungsgefühl einzelner Verbände verlagert, bitten wir deshalb, die übrigen in Frage kommenden Verbände der Bezirke in die Bresche zu treten und eine Ausdehnung der Bewegung mit allem Nachdruck zu verhindern.

Für die Berliner Metallindustrie hat gestern in besonders unverantwortlicher Weise ein Schlichtungsausschuss im Reichsarbeitsministerium trotz der überzeugenden Darstellung von Arbeitgebersseite den Spitzenlohn von rund 1200 Mf. um 15 Proz. auf 1380 Mf. erhöht. Dieser Schiedspruch, wegen dessen Tragweite wir uns sofort mit den verschiedenen Ministern und der Reichsanstalt in Verbindung gesetzt haben, wird, wie wir bestimmt annehmen, von Arbeitgebersseite abgelehnt. Für die große Masse der Arbeiterschaft ist demnach die Märzlohnfrage noch nicht entschieden, zumal für den gesamten Bergbau und für die Reichs- und Staatsarbeiter (insgesamt etwa 2 Millionen Arbeiter) eine Erhöhung der Märzlöhne auch heute noch in Frage steht. Da auf der anderen Seite mehr-

fach schon Schlichtungsausschüsse z. B. Hamburg, Stettin und Kassel, die Verlängerung des Februarlohnes für März ausdrücklich festgesetzt haben, besteht doch noch Hoffnung auf Arbeitgebersseite, alles zu tun, um die Aktion nach Stützung der Mark und nach Preisabbau nicht zu gefährden.

Die Geschäftsführung: J. A.: gez. Brandt. gez. Dr. Meißinger.

Also Lohnabbau ist die Parole. Die Löhne sollen dem sprunghaften Preiserhöhungen und den Profitsteigerungen nicht nachfolgen. Das Wort Profit kommt in dem ganzen Rundschreiben überhaupt nicht vor. Keine Mahnung, die Profite niedrig zu halten, sondern Preisabbau auf Kosten der Löhne.

Goldmarkdividende.

Von Max Förster.

Alljährlich, wenn die Mehrzahl der Textilaktiengesellschaften ihre Bilanzen für das abgelaufene Geschäftsjahr veröffentlichen, kann man in der Unternehmerfachpresse und in bürgerlichen Zeitungen die Wahrnehmung machen, daß mit den denkbar raffiniertesten Mitteln versucht wird, die in dem betreffenden Geschäftsjahr erzielten Gewinne als „harmlose Papiermarkgewinne“ hinzustellen. Wahre Rechenunterschiede werden aufgeführt, um zu beweisen, daß die fällige Dividende auf einen Bruchteil der Vorkriegsdividende zusammengeschrumpft sei.

Neuerdings wählt man den beliebten Trick, die auf die Aktie entfallende Dividende in Goldmark unzurechnen. Angeblich, um das Ausland über die tatsächliche Ertragsfähigkeit der deutschen Industrie objektiv zu orientieren. Tatsächlich aber soll das Inland, insbesondere die Arbeiterschaft, über die Gewinnergebnisse der Unternehmen durch die „Goldmarkdividende“ getäuscht werden. Einen anderen Zweck kann sie nicht haben, denn die Unternehmer glauben doch selbst nicht, daß sich das Ausland durch die Goldmarkdividende irreführen läßt.

Der beabsichtigte Zweck der Golddividendenklärung wird sicherlich bei einem großen Valenteis des Inlandes fruchtbarer Aufnahme finden, wenn an Stelle der 300 Proz. Dividende z. B. 0,07 Goldmarkdividende steht. Dem Unternehmertum wird dieses Spiel dadurch erleichtert, daß der größte Teil der Bevölkerung über das Aktien- und Dividendenwesen nicht das genügende Verständnis besitzt. Dieser Zustand erklärt sich jedoch wieder aus der Absonderung des Aktiengeschäfts von der großen Öffentlichkeit. Dieser Zweig des Kapitalmarktes spielt sich sozusagen nur in kapitalkräftigen internen bzw. Börsenkreisen ab.

Zum eigentlichen Thema sei nun vorerst bemerkt, daß wir bei den folgenden Berechnungen nur sogenannte „Daueraktionäre“ berücksichtigen, zum Unterschied von solchen, die durch Aktientausch und Verkauf nur Spekulationsgewinne erzielen wollen, denen es also nicht um die Dividende zu tun ist.

An einem Beispiel soll nun zunächst gezeigt werden, wie ein Daueraktionär die „Rentabilität“ der Dividende seines in Aktien angelegten Kapitals errechnet und damit nach außen hin beweisen will, daß er unter der Geldentwertung mehr zu leiden hat als jeder Arbeiter. Auffällig ist allerdings, daß es diese Leute beim Kamertieren bewenden lassen; man hört nichts vom „Umfaßten“ aus dem Börsen- in den Fabrikfaal. Bekanntlich heiligt aber der Zweck das Mittel. Hingugefügt sei noch, daß — wie allgemein bekannt — die Unternehmen gleich den Aktionären nicht müde werden, den „Substanzverlust“, das Zehren der Industrie von der Substanz, in den größten Farben zu illustrieren.

Wählen wir für unser Beispiel einen Aktionär der „Hanseatischen Zuteilpinnerei und -weberei in Delmenhorst“. Auch dieses Unternehmen gewährt für das Geschäftsjahr 1922 die famose Goldmarkdividende. Im Jahre 1914 haben die Aktien der „Hanseatischen“ einen Durchschnittskurs von 240 Proz., also einen Kaufpreis für einen Aktienanwärter von 2400 Mf. das Stück. Ende 1913 gab dieses Unternehmen junge Aktien zu einem Kaufpreis von 2000 Mf. das Stück an die Aktionäre aus. Für das Jahr 1914 betrug die Dividende 15 Proz. auf den Nennwert von 1000 Mf., also 150 Mf., was, an dem damaligen Kurswert gemessen, eine Verzinsung von 6,25 Proz. ausmacht.

Ende Februar dieses Jahres hatten die Aktien der „Hanseatischen“ einen Kurs von 33 000 Proz., d. h. man muß, um eine Aktie im freien Verkehr zu erwerben, etwa 330 000 Mf. aufwenden. Die für das Geschäftsjahr 1922 zur Ausschüttung bestimmte Dividende beträgt 135 Proz., natürlich wieder vom Nennwert gleich 1000 Mf., so daß eine Aktie, die Ende Februar beispielsweise 330 000 Mf. kostete, einen Ertrag für 1922 von 1350 Mf. abwirft, was einer Verzinsung von 0,409 Proz. entspricht.

Somit ist die Berechnung des Aktionärs. Er hat also „festgestellt“, daß sein in Aktien angelegtes Kapital vor dem Kriege eine Rendite von 6,25 Proz., heute aber nur eine solche von 0,409 Proz. abwirft. Gegen die Berechnung an sich ist nichts einzuwenden; sie stimmt.

Ihre doch beruht die Rentabilitätsberechnung unseres Aktionärs auf einem großen Irrtum. Denn unser langjähriger Aktionär der „Hanseatischen“ darf nicht den Börsenpreis in Rechnung stellen, was er aber in den beiden Beispielen getan hat. Er bekommt doch die Aktien vor der „Hanseatischen“ bzw. von der mit der Unterbringung der neuen oder „jungen“ Aktien betrauten Bank zu einem viel geringeren Preis. Im Dezember v. J. erhöhte die „Hanseatische“ ihr Aktienkapital, wobei den Aktionären die neuen Aktien „zum Kurs von nicht über 300 Proz.“ (so heißt es in der Ankündigung des Unternehmens) angeboten wurden, was also bedeutet, daß die Aktionäre nicht den Börsenpreis, sondern höchstens nur 3000 Mf. für eine Aktie zum Nennwert von 1000 Mf. zu bezahlen brauchen. Es dürfen bei dieser Betrachtung ferner nicht vergessen werden die Vorteile, die den Aktionären außer den Begünstigungen bei Kapitals erhöhungen zufallen. Hierher gehören u. a. Gratisaktien, Genußscheine, Umwandlung der Vorzugs- in Stammaktien; teilweise Anzahlung beim Bezug neuer Stamm- und Vorzugsaktien, Ver- und Ankauf von Aktien. Diese genannten Gewinnmöglichkeiten lassen sich allerdings rechnerisch nicht gut erfassen.

Anknüpfend an obiges Berechnungsbeispiel des Aktionärs erhält unsere Rentabilitätsberechnung folgendes Bild:

Auf eine Aktie von 1000 Mf. entfällt für das Geschäftsjahr 1922 eine Dividende von 1350 Mf., so daß die Aktie, die unser Aktionär für etwa 3000 Mf. erwarb, eine Verzinsung von 45 Proz. ergibt. Diese Zahl von 45 Proz. bezieht sich nur auf die Dividende. Sie würde sich noch um vieles erhöhen, wenn wir dabei nur den Verkauf einer einzigen Aktie aus dem Portefeuille des Aktionärs zum Preise von etwa 327 000 Mf. mit einkalkulierten.

Während man also der staunenden Öffentlichkeit erzählt, daß die für 1922 auszuschüttende Dividende von 135 Proz. einer Verzinsung von 0,409 Proz. entspricht, sind es tatsächlich 45 Prozent, also allein das 7,2fache mehr an Verzinsung gegen 1914. Daß das Rechenexempel des Aktionärs auf Werte trifft, die sich Aktien zum Börsenpreis kaufen, bestreiten wir nicht. Es sind dies aber meist Spekulantent, die Gewinne aus Spekulationsgeschäften machen wollen.

Bogegen wir uns wenden, das ist die Art und Weise, wie „alt-eingesessene“ Aktionäre immer und immer wieder versuchen, ihre Dividende aus dem Aktienkapital als ein Nichts gegen die „wahnsinnig“ gestiegenen Löhne der Arbeiter hinzustellen. Und um dies richtigzustellen, haben wir vorstehendes Exempel aufgegeben.

Um aber der Mitwelt die „Unrentabilität“ des Kapitals der Aktionäre noch eindringlicher vor Augen zu führen, stellt man weiter Vergleiche darüber an, was man früher und heute für die Dividende laufen konnte, wie wir es kürzlich im „Berliner Börsen-Courier“ in einer Betrachtung über die „Siemens-Aktie“ feststellten:

konnten. Beispielsweise heißt es da, daß man sich für den Friederichstr. 120 M. einen Baumwollfaden und einen Leberzieher beschaffen konnte. Heute könne man für eine Dividende von 800 M. nicht einmal mehr viermal auf der Straßenbahn fahren usw.

Ob sich ein solcher „Dividendengenießer“ schon einmal den Kopf darüber zerbrochen hat, was sich wohl ein Arbeiter für seinen Papiermarfloh heute kaufen kann?

Der „Substanzschwund“ des Arbeitslohnes sei kurz in folgenden Zahlen gezeigt. Der Durchschnittslohn eines Krefelder Baumwollspinners betrug im Frühjahr 1914 50 Goldpfennige. Rechnet man den Papiermarfloh des selben Arbeiters vom Januar 1921 in seinen Goldwert um, so finden wir, daß dieser Stundenlohn nur noch eine Kaufkraft von 29 Goldpfennigen hat. Im Juli 1922 hatte der ursprüngliche Stundenlohn von 50 Goldpfennigen nur noch einen Kaufwert von 25 Goldpfennigen, im Dezember einen solchen von 19 und Ende Februar d. J. von 21 Goldpfennigen. Es steht also fest, daß die Lebensweise des deutschen Arbeiters nur noch halb so hoch ist, daß er und seine Familie sich nur noch die Hälfte dessen leisten kann, was er sich vor dem Kriege gönnen konnte. Und auch in der Vorkriegszeit sorgte man dafür, daß dem Arbeiter nicht die Bäume in den Himmel wuchsen.

Angeht diese Tatsachen: Sinken des Reallohnes auf der einen Seite, Steigen der Kapitalwerte auf der anderen Seite, drehen die Kapitalisten den Spieß um und fordern mit frischer Stirn — Lohnabbau. Eine ernsthafte Forderung nach „Gewinnabbau“ wird aber von diesen Kreisen schlagfertig mit der schwindenden Ertragsfähigkeit der deutschen Industrie zurückgewiesen; die gegen früher nur einen Bruchteil darstellende „Goldmarkdividende“ sei doch Beweis genug, daß die Industrie am Mark zehre.

Unser Berechnungen zeigen aber das gerade Gegenteil. Es war und bleibt so: die Prozentpatronen stellen den geheiligten Profit über alles!

Die ‚faule‘ Stabilisierung der Mark.

Durch die Stützungsaktion der Reichsbank hat man das Verhältnis der Mark zum Dollar und zu den anderen Valuten gebessert, und wenn der Dollar kurz in der letzten Zeit auch wieder im Steigen begriffen ist, kann man doch von einer gewissen Stabilisierung der Mark reden. Nun hat aber diese Stabilisierung wenig mit einer echten Stabilisierung, wie sie von den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien gefordert wurde, gemein. Die echte Stabilisierung der Mark hatte zwei Voraussetzungen: daß der deutsche Staatshaushalt in Ordnung und dadurch die Tätigkeit der Notenpresse zum Stillstand gebracht oder in enge Grenzen verwiesen wird, und daß eine ausländische Anleihe diese Aktion durchzuführen und das erschlaffte Vertrauen in die Zukunft der Mark wieder herzustellen hilft. Eine echte Stabilisierung hätte dem deutschen Gelde wieder Geltung auf dem Weltmarkt verschafft. Auf die Dauer können zwar die eingeführten Waren immer nur aus dem Erlös der Ausführwaren bezahlt werden. Für eine Uebergangszeit jedoch, bis die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz wieder aktiv geworden wäre, hätte die stabilisierte Mark infolge des wiedererlangten Vertrauens zur deutschen Währung als überall angenommenes Zahlungsmittel dienen können. Auch bei einer echten Stabilisierung wären zwar die Inlandspreise gestiegen, bis sie die Weltmarktpreise erreicht hätten, die Valutakonjunktur wäre auch in diesem Fall verschwunden, um einer Wirtschaftskrise Platz zu machen. Bei der faulen Stabilisierung aber, die jetzt versucht wurde, müssen die Folgen noch weit verhängnisvoller sein. Gegenwärtig können ausländische Geldmittel zur Bezahlung der Einfuhrwaren nur vom Erlös der bereits getätigten Exporte zur Verfügung stehen, und in dem Maße, wie die Ausfuhr durch die Stabilisierung erschwert wird, müssen sie abnehmen. Der Import wird dadurch außerordentlich erschwert. Die durch die Stützungsaktion und Kreditinschränkung verkauften Devisen der Valutahändler können diese Schwierigkeit nur für kurze Zeit überbrücken. Da die Inlandspreise infolge der Notenvermehrung unumgekehrt steigen müssen, werden sie die Weltmarktpreise in einiger Zeit nicht nur erreichen, sondern unter Umständen, wenn nämlich die gesteuerte Kaufkraft der Bevölkerung, ihre Not und ihr Elend dem nicht entgegenwirken wird, — wesentlich überschreiten. Neben Rußland und Oesterreich wird Deutschland bald das teuerste Land der Welt werden, während bei einer echten Stabilisierung höchstens nur die Weltmarktpreise erreicht worden wären. Und wenn auch eine echte Stabilisierung eine Wirtschaftskrise heraufbeschworen hätte, so war dies für eine Zeit der sonstigen Befestigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gedacht. Infolge der Absperrung des Ruhrgebietes befindet sich aber die deutsche Wirtschaft, der die Rohstoffe abgehen, in einer furchtlich kritischen Lage, und die Gefahren der Stabilisierung lasten deswegen vielfach auf ihr. Die Vorteile der Stützungsaktion: ein vorübergehendes Aufhalten der Teuerung, wie sie ohne die Stützungsaktion in einem noch schnelleren Tempo hereingebrochen wäre, die Erschwerung des Valutahandels, sollen nicht herabgesetzt werden. Nichtsdestoweniger soll man sich nicht unnützen Hoffnungen hingeben, daß durch diese Aktion etwas für die Dauer Heilbringendes geleistet worden ist. Es wäre auch lächerlich, sich vorzustellen, daß durch künstliche, geldtechnische Operationen der durch die Sünden des deutschen Großkapitalismus heruntergekommenen deutschen Finanzwirtschaft geholfen werden kann.

Kindererwerbsarbeit.

In früheren Zeiten wurde die Kindererwerbsarbeit als ein erzieherisches Mittel von denen gepriesen, die sie dank elterlicher, überhaupt erzieherischer Gewalt ausüben ließen; aber auch von denen, die sie dank wirtschaftlicher Macht ausnützen konnten. Das Kind sollte angeblich durch Arbeit von allem abgehalten werden, was seine Erziehung beeinträchtigen könnte. Es sollte aber auch angehalten werden, seine Arbeitsfähigkeiten zu entwickeln. Soweit man dabei den Gemütsaus der Erwerbsarbeit nicht minder schädigte, ja vielleicht als Hauptanlaß für die Kinderbeschäftigung gelten ließe, tat man das aber doch stets unter Hinweis auf die erzieherischen Wirkungen der Kinderarbeit und leugnete damit eine ungünstige Wirkung der Arbeit auf das Kind. Das geschah sicher in dem guten Glauben, daß die Arbeit dem Kinde so wenig schade wie sie denen vermeintlich geschadet hat, die sie nun als Erziehungsmittel für die Kinder ihrer Zeit priesen.

Mit dem Aufkommen der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes fing man auch an, die hygienischen Wirkungen der Kinderarbeit zu erforschen und man fand bald, daß diese keineswegs für das Kind so unschädlich waren, wie man früher annahm. Das stellte aber auch die vermeintlichen guten erzieherischen Wirkungen der Kinderarbeit in Frage. Selbst wenn sie nicht zu bestreiten wären, sagte man sich, so würden sie doch durch die schädlichen hygienischen Wirkungen aufgewogen, und der Gesamterfolg und Gesamtnutzen für das Kind wäre gleich null; übrig bliebe nur der erwerbliche Nutzen für Besitzer und Beschäftigter der Kinder. Im günstigsten Fall wäre also nur ein Nutzen für Besitzer und Beschäftigter des Kindes, aber kein Nutzen für das Kind selbst, wenn man nicht die Betzelpfennige, die ihm allenfalls aus dem Arbeitsvertrage zufließen, als Nutzen für das erwerbstätige Kind buchen wollte. Uebrigens fand man auch bald, daß der etwa aus der Erwerbstätigkeit des Kindes sich ergebende erzieherische Wert auch ohne Erwerbsarbeit, durch bloße körperliche und geistige Übung, sich erzielen lasse. Damit war der Erwerbsarbeit des Kindes das Urteil gesprochen. Sie erfuhr durch gesetzliche Verbote weitreichende Einschränkungen. Daß diese aber immer noch nicht weit genug reichen, das zeigt sich immer wieder von neuem der sozialen Fortschritt. Im September 1920 beschloß sich in Nürnberg der Verein für öffentliche Gesundheitspflege mit der allgemeinen körperlichen und seelischen Bereicherung

unserer Jugend. Daß an ihr die Kinderarbeit mit schuld sein könne, daran schien man da nicht gedacht zu haben. Daß aber die Kinderarbeit noch heute die ernsteste Bedrohung der Sozialpolitik verdient, geht aus einer Erhebung hervor, die ein Dr. rer. pol. Adolf Bieth im September 1921 im Stadtgebiet Halle durchführte, worüber er in der „Sozialen Praxis“, Nr. 7 und 8 d. J., berichtet.

Vom der Erhebung wurden 72,2 Proz. der Volksschüler erfaßt. 11,98 Proz. der hiesigen Volksschulkinder waren erwerbstätig. Die Mädchen haben daran nicht nur absolut, sondern auch relativ den größeren Anteil, und zwar mit 12,27 Proz., während die Knaben mit 11,67 Proz. betrieft waren.

Mit dem zunehmenden Alter der erwerbstätigen Kinder wächst deren Beteiligung und erlangt bei den dreizehnjährigen ihr größtes Ausmaß.

Die Art der kindlichen Beschäftigung ist recht verschieden. Man findet kindliche Arbeiter in fast allen, ganz gleich, ob „gewerblichen“ oder „nichtigewerblichen“ Berufszweigen, vornehmlich im Handwerk (Mehrmacherei, Seilererei, Fleischererei, mechanischen und Dekorationswerkstätten), Fabrikten, bei der Heimarbeit (Papierarbeiten, Säumen, Weiß- und Pelznähen, Stuhlflechten), im stehenden Handelsgewerbe (Verkaufsstellen, Bureau, Drogerie, Zeitungsverlag, Buchhandlung, Koblenhandel), Hausier- und Straßenhandel (Streichholz-, Blumen-, Obstverkauf usw.), im Verkehrs-, Gast- und Schankgewerbe (Regel-aussteller). Ferner sind erwerbstätige Kinder in der Landwirtschaft, in Gärtnereien, im Hausgegenstande, in den künstlichen Berufszweigen (Tänzerinnen, Ballett), im Dienste von Behörden, Anstalten und Vereinen anzutreffen.

Viele Kinder haben Doppelbeschäftigungen, was besonders bei den Zeitungsträgern der Fall ist, die hier oder da noch eine andere „Stelle“ haben, obwohl das Zeitungsaustragen allein schon dem kindlichen Organismus schwere Schädigungen bringen kann, nicht allein, weil das einseitige Tragen der schweren Zeitungstaschen, das Treppauf- und -heruntersteigen, das Eilen von Haus zu Haus eine erhebliche Kraftanstrengung erfordert, sondern auch, weil diese Tätigkeit die ganze schulpflichtige Zeit der Kinder in Anspruch nimmt (früh und nachmittags). Früh beginnt ihr Wert schon so zeitig, daß sie sich schon oft um 5 Uhr vom Lager erheben müssen.

Rechnet man die Unterrichtsstunden in die Freizeit mit ein, so ist fast die Hälfte der erwerbstätigen Kinder während der ganzen Woche ebenso lange beschäftigt wie die Erwachsenen es sind. Viele kommen aber über die Arbeitszeit der Erwachsenen hinaus, besonders die durch Heimarbeit, Aufwartung und Kinderwarten in Anspruch genommenen Mädchen. Selbst Sonntags- und Nacharbeit kommt bei Kindern vor. Durch alle diese Beschäftigungen werden die Kinder an ihrer Gesundheit enorm geschädigt, wie man sich denken kann. Und wenn man erwägt, daß Kinderbeschäftigung erwerblicher Art doch nicht nur in Halle, sondern in ganz Deutschland zu Hause sein wird, so stellt diese eine schwere Schädigung unseres Nachwuchses in gesundheitlicher Hinsicht und eine starke Beeinträchtigung seiner körperlichen Entwicklung dar.

Doch nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Entwicklung der Kinder leidet unter deren Erwerbsarbeit, weil sie die Schule nicht zu ihrem vollen Recht kommen läßt, da diese entweder zum Teil wegen der Arbeit — geschwächt wird, oder die Aufmerksamkeit der Kinder — infolge der Arbeit — geschwächt ist, und im weiteren die häuslichen Schulaufgaben unter der Arbeit leiden. So bleibt, werden auch die Kinder durch ihre Beschäftigung von der Straße gebracht, wodurch mancher üble Streich unausgeführt bleibt, die Erwerbsarbeit auch ein Uebel für die moralische Erziehung des Kindes. Wird doch durch sie Selbsttätigkeit und Gewinnsucht vorzeitig gemekt und genährt und ungeklärte Frühreife und unermünschter Selbstständigkeitsdrang erweckt.

Wir stimmen dem Verfasser in seinen Schlüssen bei, daß, wenn die Kinderarbeit zurzeit sich nicht völlig beseitigen läßt, doch mindestens erreicht werden müsse, daß die Jugend nur zu solchen Arbeiten herangezogen wird, die für sie geeignet und zweckmäßig sind, d. h. zu Arbeiten, die die Körperkraft heben, die Freude zur Arbeit erhöhen, die geistige und moralische Entwicklung möglichst wenig hemmen und der Arbeitsschulung dienen.

Zu dem engeren Aufgabenkreis der Schule und der Jugendämter gehört es, darüber zu wachen.

Auch die Gesetzgebung hat auf diesem Gebiete manches nachzuholen, wie der Verfasser ganz richtig bemerkt. Da das Kinderschutzesetz vom 30. März 1903 sich überlebt hat, bietet die bevorstehende Neufassung des Arbeitsrechts um so mehr Gelegenheit, längst Versäumtes nachzuholen.

Ausschreibung der Betriebsratswahlen im alt- und neubesetzten Gebiet.

Die Gewerkschaftliche Betriebsratzentrale des ADGB. und des Afa-Bundes macht bekannt:

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Verordnung auf Grund des Rottegelezes (Sozial- und Kleinrentner-Fürsorge, Soziale Wahl) vom 8. März 1923 erlassen, deren § 5 sich auf die Betriebsratswahlen bezieht und folgendermaßen lautet:

„Die infolge Ablaufs der Wahlzeit erforderlichen Neuwahlen zu den Betriebsvertretungen der im besetzten Gebiet und im Einbruchgebiete gelegenen Betriebe werden bis zum 31. März 1924 aufgeschoben. Die Amtsdauer der beim Inkrafttreten der Verordnung im Amte befindlichen Mitglieder von Betriebsvertretungen wird bis zur Durchführung der Neuwahlen verlängert. Soweit Mitglieder einer Betriebsvertretung ihr Amt niedergelegt haben oder eine Betriebsvertretung insgesamt zurückgetreten ist, können sie innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung durch Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber die Amtsniederlegung oder den Rücktritt mit der Wirkung widerrufen, daß sie als nicht geschehen gelten.“

Auf Neuwahlen, bei denen zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung die Stimmabgabe schon geschlossen war, findet Absatz 1 keine Anwendung.

Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 finden auch Anwendung, wenn nur Teile eines Betriebes oder bei Gesamt- oder gemeinsamen Betriebsräten nur einzelne Betriebe im besetzten Gebiet oder im Einbruchgebiete liegen. Sie gelten ferner für die nach § 61 des Betriebsratsgesetzes gebildeten Betriebsvertretungen der Unternehmungen und Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeindeverbände, soweit der Bereich der Dienststelle oder der Behörde, bei der die Betriebsvertretung errichtet ist, ganz oder teilweise innerhalb des besetzten Gebiets oder des Einbruchgebietes liegt. In Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der Absätze 1 bis 3 ergeben, entscheiden die nach den §§ 93, 94 und 103 des Betriebsratsgesetzes zuständigen Stellen.

Zur Erläuterung dieser Verordnung wird darauf hingewiesen, daß diejenigen Betriebsvertretungen, welche auf Grund unserer Wahlgesetzes in der Februarnummer der „Betriebsratzeitung“ ihre Ämter niedergelegt haben, falls die Wahl nicht inzwischen bereits durchgeführt ist, durch eine Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung die Amtsniederlegung bzw. den Rücktritt widerrufen können.

Bezüglich der besonderen Betriebsratskörperschaften gemäß § 61 Afa. ist angeordnet worden, daß alle örtlichen und Bezirksbetriebsräte, die ganz oder teilweise im alt- oder neubesetzten Gebiet errichtet sind, jetzt keine Neuwahlen vorzunehmen brauchen. Dies bezieht sich auch auf die Hauptbetriebsräte. Dagegen hätten diejenigen örtlichen und Bezirksbetriebsräte Neuwahlen vorzunehmen, deren Zuständigkeit ganz im unbesetzten Gebiet liegt.

Es ist für jeden tüchtigen und nüchtern denkenden Menschen selbstverständlich, daß infolge der Entenmaßnahmen im alt- und neubesetzten Gebiet die Gewährordnungsmäßiger Durchführung von Neuwahlen in keiner Weise gegeben ist. Außerdem erfordert eine derart schwierige Situation auch eingearbeitete Körperschaften, und schon aus letzterem Grunde ist die Notwendigkeit der

Verschiebung der Wahlen anzuerkennen. Deshalb ist es auch vollkommen abwegig, wenn das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, „Die Rote Fahne“, in der Nummer vom 28. Februar 1923 den Gewerkschaften unterstellt, sie hätten die Absicht, eine Veränderung des Betriebsratsgesetzes vorzunehmen und insbesondere dahin zu wirken, daß künftig nur alle 3 bis 4 Jahre Neuwahlen stattfinden sollen. Der Zweck dieser Absicht der Gewerkschaften sei, so behaupten die Kommunisten, die Abschaffung der Betriebsräte überhaupt. Diese Unterstellungen sind nicht anders zu bewerten als die vielen anderen unwahren Behauptungen der kommunistischen Partei, die nur aufgestellt werden, um das Agitationsbedürfnis dieser Partei zu befriedigen und Zwiespalt in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder hervorzurufen.

Es erscheint wirklich nicht notwendig, zu versichern, daß es den Gewerkschaften niemals einfallen wird, die Rechte der Arbeitnehmer zu verkürzen. Dagegen muß hervorgehoben werden, daß die kommunistische Partei Deutschlands ihre Befehle von Moskau erhält und diese widerspruchslos durchzuführen hat, während die deutschen Gewerkschaften den Willen ihrer Mitglieder ausführen und nur Maßnahmen durchführen, die von diesen oder den durch sie gewählten Körperschaften beschlossen sind. Beschlüsse gewerkschaftlicher Körperschaften, das Betriebsratsgesetz zu verschlechtern, liegen selbstverständlich nicht vor, und ebenso selbstverständlich können infolgedessen die Gewerkschaften auch derartige Forderungen an die Regierung nicht gestellt haben. Die Behauptungen der kommunistischen Partei Deutschlands sind daher vollkommen unwahr.

Wir fordern dagegen die im Amte befindlichen Betriebsräte des alt- und neubesetzten Gebietes auf, ihre bisher gesammelten Erfahrungen bis zum Ablauf der nummehr bis zum 31. März 1924 verlängerten Wahlzeit reiflich im Interesse der Gesamtarbeiterchaft auszuwirken zu lassen und alle Maßnahmen zu unterziehen und durchzuführen, die getroffen werden, die Lage der Arbeitnehmer des besetzten Gebietes zu erleichtern und geordnete Verhältnisse wiederherzustellen.

Weiteres aus der Anklagerede Jouhaux'.

Auf dem Anfang Februar abgehaltenen französischen Gewerkschaftskongreß, der an Sachlichkeit und produktivem Arbeitsfönnen wohl alle bisherigen Gewerkschaftskongresse Frankreichs übertroffen hat, sind von Jouhaux außer den von uns bereits in Nr. 9 erwähnten Tatsachen noch folgende hervorgehoben worden, welche in ihrem Zusammenhang die hinter der Ruhrbesetzung stehenden schwerindustriell-reaktionären Kräfte deutlich genug anklagen.

Als die deutsche Sozialisationskommission den Weg zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen vorgeschlagen hatte, der in der Beteiligung des Reichs an den wichtigsten Industrien bestehen sollte, begann die französische offiziöse Presse („Le Temps“) eine regelrechte Heße gegen die deutschen Sozialdemokraten; die Sozialisten hätten schon Rußland und Oesterreich ruiniert und würden jetzt nun Deutschland zugrunde richten. Die französische Regierungspresse sprach sich gleichzeitig zugunsten des Gegners aller Erfüllungspolitik, Stimmes, aus und versprach ausdrücklich ihre Sympathien einen von den deutschen Industriekreisen zu leitenden Reichskabinet. Inzwischen hätte doch gerade die von den Sozialisten empfohlene Uebnahme der vierteljährlichen „Pfränder“ durch das Reich die Befriedigung der französischen Wiederaufbaubedürfnisse am ehesten sicherstellen können.

Als die französischen Gewerkschaften — sowohl vor wie nach dem Wiesbadener Abkommen — auf der Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestanden und zu diesem Zwecke mit den deutschen Genossen Verhandlungen führten, konnte man von kapitalistischer Seite nur Verleumdung, Spott und Heße vernehmen. Als aber Stimmes und Graf de Lubersac ihr Abkommen getroffen hatten, da fanden die reaktionären Kreise nur Worte des Lobes. Eine Annäherung zwischen den Industriellen der beiden Länder ohne oder auch gegen die Arbeiterschaft — das ist das wahre Ziel.

Jouhaux erinnerte weiter an derartige Annäherungsversuche, die schon vor dem Kriege stattfanden und die — den Erbüllungen des Metallarbeiterführers Kerrheim zufolge — „eine Schutzmauer der Produzenten gegen die Konsumenten der beiden Länder oder auch ganz Europas errichten sollten“. Dieselben Pläne seien kurz vor der Ruhrbesetzung noch deutlich geworden, und die Ruhrbesetzung selbst sei nur ein Mittel, um die Verwirklichung dieser Pläne zu erzwingen.

„Ich klage das Comité des Forges (den Verband der französischen Schwerindustrie) an“, sagte Jouhaux, „es ist der Urheber der wahnsinnigen Politik, an deren Folgen auch die französischen Arbeiter leiden werden.“

Auf Beschluß des Gewerkschaftskongresses wird diese Rede gesondert herausgegeben und in der französischen Arbeiterschaft verbreitet.

Gegen Ruhrbesetzung und Steuererhöhung.

Der Vorstand der französischen Textilarbeiterföderation hat schon am 5. Februar an deren Sektionen im Lande ein Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt, die gegenwärtigen schweren Ereignisse seien die Folge einer durchaus reaktionären Politik der Regierenden. Diese Politik müsse den entschiedensten Protest aller Arbeiter hervorrufen, weil sie für die Arbeiterklasse ohne Nutzen und nur geeignet sei, schwere Gefahren eines neuen Krieges heraufzubeschwören. Die militärische Besetzung der Ruhr könne den Völkern nicht Frieden bringen und auch nicht die Mittel zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und zur wirtschaftlichen Erholung Europas, sondern nur die Existenzbedingungen der Arbeiter erschweren, was schon die neuen Steuern von 20 Proz. beweisen, die der Finanzminister einzuführen sich bemühe, deren Lasten vor allem auf den Verbraucher abgewälzt würden. Die Arbeiter hätten die Pflicht, sich gegen die Gefahr eines neuen Krieges und die der Erhöhung der Lebenskosten zu wenden und den Frieden und die Arbeiterinteressen zu verteidigen.

23er-Ausschuß - Rheinisch-westfälischer Betriebsratkongreß - Internationale Konferenz.

Am 11. März 1923 sollte ein „Betriebsratkongreß für Rheinland-Westfalen“ beginnen und am 18. März 1923 sollte eine „Internationale Konferenz“ abgehalten werden. Beide Veranstaltungen sind von einem sogenannten 23er-Ausschuß der Betriebsräte von Rheinland-Westfalen eingeleitet worden. Mittels Rundschreibens hat man zu der internationalen Konferenz sämtliche Körperschaften der ganzen Welt eingeladen, die überhaupt „namentlich zu ermitteln waren. Außer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Lebebour-Gruppe) scheinen sich nur kommunistische Organisationen an diesen Veranstaltungen beteiligen zu wollen. Die freien Gewerkschaften haben hiermit nichts zu tun.“

In der „Roten Fahne“ vom 9. März 1923 wurde ein Aufruf der Moskauer Kommandeure der Deutschen Kommunistischen Partei veröffentlicht. Darin wurde aufgefordert, die vom 23er-Ausschuß der rheinisch-westfälischen Betriebsräte einberufene „Internationale Konferenz“ zu besuchen. Dieser 23er-Ausschuß ist ebenso auf kommunistische Veranlassung gebildet worden wie der 15er-Ausschuß der Betriebsräte Deutschlands, welcher im Oktober vergangenen Jahres den sogenannten „Reichsbetriebsratkongreß“ in Berlin abgehalten hat.

Auch dieser 15er-Ausschuß hatte alle möglichen Körperschaften, u. a. auch die Gewerkschaften zu seiner Veranstaltung eingeladen. Die Gewerkschaften, als die Vertreter der sozialen und wirtschaftlichen

lichen Interessen der deutschen Arbeitnehmer, werden selbständig national und international alles aufbieten, die Lage der deutschen Arbeitnehmer zu erleichtern und zu verbessern. Dazu bedarf es nicht der ständigen kommunistischen Treibereien und Veranstaltungen.

Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des A.D.G.B. und des A.F.A.-Bundes.

Jugend.

Vergeht die Jugend nicht!

Das Schuljahr geht zu Ende. An allen Orten sind Jungen und Mädchen, die nunmehr einrücken in die Reihen der großen Arbeitsarmee, die die Güter dieser Welt herstellt, aber nur in ganz beschränktem Maße in den Genuss dieser Güter kommt.

Diese Jugendlichen sind allesamt noch Unvollendete. Ihre Berufsausbildung beginnt erst. Nur tastend können sie ein Verhältnis zu den großen Fragen des öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens finden.

Die Arbeiterschaft erlöst sich aus dem Joch der Ausbeutung nur, wenn sie geistig beweglich und zielklaren Willens ist. Hier in diesen Tagen des Eintritts in das Erwerbsleben entscheidet es sich, ob die aufwachsende Arbeitergeneration der großen Aufgabe ihrer Selbstbefreiung dereinst gewachsen sein wird oder nicht.

Aus diesem Grunde dürfen wir die schulentlassene Jugend nicht sich selbst überlassen. Auf allen Erwerbsebenen ist eine große Verantwortung. Damit diese heranwachsenden Jugendlichen tüchtige Mitstreiter in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit werden, müssen sie sogleich in die Gewerkschaften hereingeholt werden.

In ganz besonderem Maße aber haben jetzt unsere gewerkschaftlichen Jugendabteilungen rühmlich zu sein. In ihnen kommen die Schulentlassenen unter ihresgleichen; hier lernen sie, hier wandern sie, hier vergnügen sie sich, hier gewöhnen sie sich an eine fruchtbare Ausnützung ihrer Mußezeit.

Aus der Textilindustrie.

Zug von Textilarbeitern und -arbeiterinnen nach Norwegen unterlassen!

Aus Kristiania, der Hauptstadt Norwegens, ging uns vom Norst Arbeitsmandatsforbund, Abteilung Textilindustrie, Möllergaten 3 III, ein am 15. März d. J. abgefaßtes Schreiben zu, in dem um Fernhaltung von Zug erfürht wird. Es wird darauf hingewiesen, daß der genannte Verband binnen kurzem mit den Unternehmern zwecks Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Unterhandlung zu treten beabsichtigt und seine Bestrebungen durch Zug vereitelt werden könnten.

Lohnbewegungen in Frankreich. Unsere Kollegen in Frankreich (Nord) stehen in vielen Orten in Lohnbewegung. Sie haben, auf die zunehmende Teuerung gestützt, Forderungen gestellt, die an manchen Orten schon bewilligt wurden.

Soziale Rundschau.

Arbeitszeitgesetze und Jugendliche.

In seiner Tagung am 27. Februar d. J. nahm der Ausschuß der deutschen Jugendverbände, veranlaßt durch den Antrag des Jugendsekretariats des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gelegenheit, sich mit den Arbeitszeitgesetzen zu beschäftigen, soweit die Jugendlichen in Frage kommen.

Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände tritt mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß der Jugendbeschäftigung in seiner bisherigen Form nicht beizukommen, sondern darüber hinaus unter Berücksichtigung aller sozialen, erzieherischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte ausgebaut wird.

Es ist zu hoffen, daß alle Jugendgruppen versuchen werden, die ihnen nahestehenden Reichstagsfraktionen in ihrem Sinne zu überzeugen. Wie weit dieser Einfluß reicht, dürfte an der endgültigen Gestaltung der Gesetze erkannt werden.

Gebühren für Schöffen und Geschworene.

In den letzten Tagen sind wiederholt Beschwerden von Ortsausschüssen über die zu niedrigen Entschädigungssätze für Schöffen und Geschworene an den A.D.G.B. gelangt. Es wird deshalb von In-

teresse sein, zu erfahren, daß der A.D.G.B. bereits an das Reichsjustizministerium das Ersuchen gerichtet hat, die letzteren im Januar d. J. festgesetzten Entschädigungssätze, die danach nur bis zu 4250 Mark den Tag im Falle einer 10stündigen Inanspruchnahme betragen können, um das Fünffache zu erhöhen.

Kinderhilfe aus Südamerika.

Der in Buenos Aires bestehende deutsche Verein Vorwärts veranstaltete am 24. Januar eine öffentliche Kundgebung gegen die imperialistisch-kapitalistische Invasion der Franzosen und Belgier in das rheinisch-westfälische Industriegebiet.

Eine Sammlung für die vom Verein Vorwärts gegründete Deutsche Kinderhilfe ergab den Betrag von 126,80 Pesos, die dem Vorstande des A.D.G.B. überwiesen wurden.

Politische Nachrichten.

Zum sächsischen Arbeitsminister ist unser Verbandskollege Graupe ernannt worden.

Vermischtes.

Aus dem Wortschatz der deutschen Sprache.

Im Deutschen hat sich eine große Reihe von Wörtern eingebürgert, die aus fremden Sprachen zu uns gekommen sind. Oft hat die deutsche Sprache wirklich eine Bereicherung dadurch erfahren. Ist das Wort gut, kann man sich seiner freuen.

Der hohe Beitrag.

Die hohen Beitragsmarken zahl' ich nicht, hört man so manchen und so manche sagen. Das ist grundsätzlich und töricht; wer so spricht und doch gewinnen will, muß auch den Einsatz wagen.

„Die hohen Beitragsmarken zahl' ich nicht“ ist Blödsinn, der sich ganz von selber richtet. Ist es dir gleich, wenn dein Verband zerbricht, wenn deinen Schutz das Kapital vernichtet?

Vorbei ist alles dann, was wir erreicht in mühevollen heißen Kampftagen. Wenn der Vampir uns wieder erst beschleicht und seine Pranken kann in unsern Nacken schlagen, dann bist du wiederum das bloße Arbeitsstier, das frommen muß und jaulen muß und schweigen, und deinen Freunden wird dann schier, weiß doch nicht dir, das Schamerröten in die Wangen steigen.

Drum saget jedem bößigen Hansdampf, der gegen Beitrag und Verband will hehen: Wir stehn für unsere Existenz im Kampf und dort heißt's Opfer bringen, Waffen wehen.

Berichte aus Fachkreisen.

Breslau. Was in Textilbetrieben Breslaus vorkommt! Die Betriebsleitung der Schöller- und Eitorer Rammgarnspinnerei hält es für besonders notwendig, ihre Arbeiterschaft aufzuklären über Organisationsangelegenheiten.

„Wir machen bekannt, daß Beeinflussungen zum Beitritt einer Organisation unzulässig sind und niemand gezwungen werden kann, einer Organisation, welche es auch sei, beizutreten.“

Ein Lohnausgleich für den Monat März würde die Arbeiterschaft mehr erfreut haben als diese Bekanntmachung. Welche Stellung nimmt aber die Firma zum Lohnausgleich ein? Die einer Organisation (Verband Schlesiischer Textilindustrieller).

einer Organisation zu vereinigen. Und diejenigen, welche der Firma zugetragen haben, daß sie von Funktionären des Deutschen Textilarbeiterverbandes an ihre Pflicht erinnert wurden, sind um ihre Einsicht nicht zu beneiden.

Görlich. Die Filiale Görlich konnte am 2. März auf ihr 30jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hatte die Ortsverwaltung am 17. März im „Reichshof“ eine Festlichkeit veranstaltet, die in jeder Weise würdig verlief.

M. Gladbach. Ein Verbandsjubiläum. Am 20. März dieses Jahres sind es 25 Jahre, daß Kollege Heinrich Janßen, M. Gladbach, ununterbrochen dem Deutschen Textilarbeiterverband als Mitglied angehört. Wir wünschen und hoffen, daß es dem alten treuen Kämpfer noch recht viele Jahre beschieden sein möge.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 1. April, ist der 13. Wochenbeitrag fällig.

Lauf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Achtung! Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung. Sonntag, den 31. März. An diesem Tage ist eine gelbe Karte, gewissenhaft ausgefüllt, mit 40 Mk. frankiert, an uns einzusenden.

Zusammenkünfte. Mitgliederversammlungen. Berlin. Jeden Freitag nach dem 1. und 15. nachmittags von 4-5 Uhr, Stallschreiberstr. 29, Restaurant Schulz; Zahlung, Beobachtung, Sonnabend, 7. April, im Volkshaus, Coseler Str. 6.

Totenliste. Gestorbene Mitglieder. Aachen. Gertrud Kiefer. Auerbach i. V. Anna Toni Herold; Karl Wilhelm Sieberwirth.

Brandenburg a. d. H. Marie Mißlaff. Bremen. Frau Evers. Brudmühl i. Bayern. Simon Gruber.

Dreibach. Ferdinand Siegel. Freiburg i. Schl. Anna Kramer. Görlich. Ernst Herrmann.

Großschönan. Rajetan August Knoll; Karl August Sand; Juliane Neumann.

Guben. Helene Lomad. Reichenbach i. V. Anna Weigelt; Martha Seifert, Reuth.

Thalheim i. Erzgeb. Ernst Richard Herold, Hermersdorf; Frieda Günther. Weihenburg i. Bay. Marie Kraft.

Ehre ihrem Andenken!

Rietmacher, gut erfahren in Zinn- und Bleibund, als Teilhaber gesucht. Angebote unter „A. m.“ an Geschäftsstelle der Wochen-schrift für Textilindustrie, Leipzig, Dörrienstraße 9.

Bücher-Vorzugsangebot.

Wir sind in der Lage, folgende ausgewählten Bücher zu bedeutend herabgesetztem Preise an unsere Mitglieder abgeben zu können: Friß Reuter: Aus der Franzosenzeit. Eine lustige Geschichte für Jugend und Volk. 22 Illustrationen, 170 S., gebunden 2700 Mk.

Deutscher Textilarbeiterverband, Berlin O., Magazinfr. 6/7. Bestellungen sind zu richten an Abt. Buchvermittlungsstelle Max Sachsenweger, am besten durch Vermittlung der Filiale. Porto und Verpackung extra.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 30. März

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magasinstraße 6-7. - Verantwortlich für alle selbständigen Artikel: Hugo Bressel in Berlin, für alles andere: Paul Wagner in Berlin. - Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!